



**Rede des
Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion
Hans Krings**

„Sozialdemokratisches Profil im Kreistag“

**auf dem Kreisparteitag
der Rhein-Erft SPD
am 19.11.2011
in Ertstadt-Gymnich**

- Es gilt das gesprochene Wort -

www.rhein-erft-spd.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Kreispolitik erfreut sich bei denen, die in den Städten die Kommunalpolitik betreiben, nicht unbedingt besonderer Popularität. Bei einem Kreis, dessen offizielles Markenzeichen nicht seine Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, sondern die Schuldenfreiheit ist, ist das kein Wunder. Wenn dann die Spitze dieser Körperschaft ihre Tätigkeitsfelder auf weiten Strecken außerhalb des Kreises sieht, trägt dies auch nicht dazu bei, den Kreis fest im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Auch in den eigenen Reihen kommen gelegentlich Stimmen auf, die den Kreis für überflüssig erklären.

Liebe Genossinnen und Genossen,
in der praktischen Politik der nächsten Jahre führen uns solche Überlegungen nicht weiter. Es gibt wesentliche Probleme, die nur über die Stadtgrenzen hinaus gelöst werden können und diesen wollen wir uns in den nächsten Jahren zuwenden.

Der Euch schriftlich vorliegenden Bericht ist ja einigermaßen ausführlich, ich will mich auf einige wesentliche Punkte beschränken. Das ist zunächst die Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis, dann die Frage der Inklusion, das heißt der gleichberechtigten Teilnahme der Behinderten am gesamten gesellschaftlichen Leben, die Betreuung der Demenzkranken in unserem Kreis und nicht zuletzt unser wirtschaftliches Profil in der Kreispolitik.

Zum öffentlichen Personennahverkehr liegt dem Kreistag ein Gutachten vor, dass inzwischen jedoch nur noch Bericht genannt werden darf. Über die Mitwirkung der Städte, die das Thema ja auch angeht, wird derzeit noch erbittert gerungen.

Das ist kein formaler Streit, hier geht es schon um die Gesamtstrategie. Nach gründlicher Abstimmung mit den Fachleuten auf unserer Seite - die Hauptarbeit für die Fraktion leistete dabei Dierk Timm - insbesondere denen aus den Städten, vertreten wir die Idee einer von Kreis und Städten gemeinsam getragenen Kreisverkehrsgesellschaft, die ein einheitliches Netz aufbaut und unterhält. Eine straffe Abgrenzung zwischen örtlichen und überörtlichen Linien, wie dies im Gutachten, aber auch von den Kreisgrünen seit längerem vorgeschlagen und passt in die Siedlungsstruktur des Kreises nicht hinein.

Man kann es den Akteuren nur ins Stammbuch schreiben: Es geht hier nicht um Macht zwischen Kreis und Städten, es geht auch nicht um Abarbeiten von Vorurteilen gegenüber dem einen oder anderen Verkehrsunternehmen. Es geht um ein effizientes System des öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis, das bezahlbar ist und bei dem die Leistungen nach einem gerechten Maßstab verteilt werden. Wir haben ja im Laufe des heutigen Tages dazu noch einen anderen zu beraten, daher soll das im Augenblick reichen.

Glücklicherweise ist das Thema nicht alleine von Mehrheiten im Kreistag abhängig, auch die Städte sprechen dabei ein gewichtiges Wort mit. Im Übrigen gibt es gegen das Gebräu aus Ideologie und Vorurteilen über die Parteigrenzen hinweg eine Koalition der Vernünftigen, die in der Vergangenheit schon manchen Überschwang verhindert haben.

Auch das nächste Thema kann der Kreis nicht für sich alleine lösen. Zwingend muss er dabei mit den Städten zusammenarbeiten. Es geht um das Thema Inklusion, der gleichberechtigten Teilnahme behinderter Mitbürgerinnen und Mitbürger am sozialen, gesellschaftlichen und schulischen Leben. Letzterem hat sich die Kreispolitik in den letzten Monaten vorrangig gewidmet. Der Kreis ist Träger der Förderschulen, die diese Kinder mehrheitlich besuchen. Nach der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen aus dem Jahre 2006 haben diese Kinder das Recht, wenn es irgendwie geht, eine Regelschule zu besuchen. Träger dieser Schulen sind nun die Städte. Inklusion funktioniert zu dem nicht ohne zusätzliches Personal, sprich zusätzliche Stellen für Sonderschulpädagogen. Hier muss man irgendwo zusammenfinden.

Die Kreistagsfraktion hat gemeinsam mit Genossinnen und Genossen aus den Stadtratsfraktionen eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die das Thema inhaltlich weitgehend abgearbeitet hat. Es steht nun die organisatorische Umsetzung bevor.

Hier wird man inhaltlich erst sinnvoll weiterkommen, wenn die notwendigen organisatorischen Dinge in einem Inklusionsgesetz des Landes geregelt sind. Dazu gibt es im Augenblick nur ein Gutachten, allerdings mit sehr konkreten Vorschlägen, die jetzt zügig in Gesetzform formuliert werden müssen.

Die Landesregierung jetzt zu mahnen oder gar vorzuführen, nach dem die frühere Landesregierung die Zeit seit 2006 ziemlich ungenutzt hat verstreichen lassen, ist das zur Zeit auf allen Ebenen seitens der jetzigen Opposition im Lande anzutreffende Schwarze-Peter-Spiel. Im Übrigen hat derselbe Kreis, der jetzt mahnt, bei der Fortschreibung seiner Schulentwicklungsplanung im Jahre 2010 zunächst keinen Anlass gesehen, das Thema Inklusion in irgendwelchen Planungen zu berücksichtigen, denn es sei ja noch nicht geltende Rechtslage.

Das Thema Inklusion ist mit der Schule allein nicht gelöst. Es gilt der Grundsatz der gleichberechtigten Teilhabe an allen Lebensbereichen. Die Landesregierung hat hierzu einen Aktionsplan vorgelegt, zu dem der Landtag allerdings noch eine Entschließung verabschieden wird. Danach werden wir uns mit entsprechenden Anträgen zügig an die Umsetzung machen.

Bei einem anderen sozialen Thema hat einmal eine schöne Einmütigkeit im Kreistag geherrscht. In den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2010 hat der Kreisausschuss einstimmig, also mit Stimmen aller Fraktionen beschlossen, zwei Demenzzentren im Kreis zu errichten. Wer einmal erlebt hat, wie dieses Leiden nicht nur das Leben Betroffener, sondern vor allem in das ihrer Angehörigen eingreift, diese sich andererseits allein gelassen fühlen, wird die Notwendigkeit solcher Einrichtungen nicht in Zweifel ziehen.

Das Modell war von den Wohlfahrtsverbänden gemeinsam konzipiert, zwei dieser Einrichtungen sollen im Kreis entstehen. Der Kreisausschuss hat dies auch mit großer Mehrheit in den Beratungen zum Haushalt 2010 beschlossen. Allerdings hat die Regierungsmehrheit eine Fußnote angebracht, dass dem Kreis durch die Einrichtungen keine Kosten entstehen dürfen.

Damit war die Sache gestorben. Demenz wird von den Pflegekassen nicht als Pflegeetatbestand anerkannt, die Krankenkassen zahlen nur die echte ärztliche Versorgung. Ganz ohne finanzielle Beteiligung des Kreises wird es nicht gehen.

Nun leistet sich der Kreis eine ganz Reihe von freiwilligen Leistungen, die weit weniger wichtig sind, als die Betreuung Demenzkranker. Zu überlegen, wie man gegebenenfalls umschichten könnte, kam es jedoch gar nicht.

Inzwischen hatte sich die Kreisspitze des Themas bemächtigt und das Ehrenamt entdeckt. Dagegen kann man gar nicht sein. Zweifellos leisten heute schon Ehrenamtliche in der Betreuung Demenzkranker wertvolle Arbeit. Ich erinnere nur an die in einigen Altenheimen bestehenden Demenzcafés. Jeder weiß aber, dass es letztendlich ganz ohne professionelle Hilfe nicht geht. Ehrenamtler reagieren auch immer sehr allergisch, wenn ihre Arbeit ausschließlich zum Füllen von Haushaltslöchern herangezogen werden soll.

Der Kreis und die, die an dem Thema arbeiten, haben inzwischen eine Fülle von Wissen angehäuft. Es gibt kaum ein Thema, dem sich der Kreis mit Hilfe von Bildungsveranstaltungen, Foren etc. so angenommen hätte, wie das Thema der Demenzbetreuung. Konkrete Maßnahmen oder auch gar Projekte, die dem einzelnen Demenzkranken zugute kommen, sind allerdings daraus nicht zusätzlich entstanden. Das Ganze ist im Übrigen ein schönes Beispiel, wie vorsichtig man bei einstimmig getroffenen Haushaltsbeschlüssen sein muss.

In einem anderen Punkt sind wir ein Stück weiter gekommen, jedoch auch nur, weil hier von Seiten der Städte Druck gemacht wird. Es ist das Feld der Wirtschaftsförderung. Die dafür zuständige Kreisgesellschaft erfreut sich ja bekanntermaßen auch nicht uneingeschränkter Popularität. Immerhin ist es auf Anstoß der SPD-Fraktion gelungen, den Aufgabenbestand dieser Gesellschaft einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Eine Kommission des Aufsichtsrates, verstärkt um zwei Bürgermeister - von unserer Seite ist hier Walther Boecker zu danken -, hat die Aufgaben neu festgelegt, wobei noch die Schnittstellen mit den überörtlichen Aktivitäten des Kreises in der Regio Rheinland genau zu definieren sind.

Über die Regio Rheinland ist viel Kritisches gesagt worden. Sie leidet daran, dass sie in den Städten und Gemeinden der Region sowie in ihren Räten nicht verankert ist. Wir haben einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, das zu ändern, hier legten wir aber die Axt an in Jahren lieb gewordene Erbhöfe. Es ist eine zu schöne Spielwiese für Landräte und auch für Oberbürgermeister. Wir werden hier nicht locker lassen, Erfolge sind jedoch nur mittelfristig zu erwarten.

Im Vordergrund der Überlegung steht bei uns zur Zeit ein ganz anderes Projekt. Die jetzige Regierungskoalition in Düsseldorf hat sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, bei uns hier im Braunkohlenrevier eine Innovationsregion Rheinisches Revier ins Leben zu rufen, die den Strukturwandel im Braunkohlenrevier hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur fördern soll. In dem entscheidenden Gremium dieser Innovationsregion, dem Beirat, sind vier Vertreter bzw. Vertreterinnen der Rhein-Erft SPD: Marlies Sieburg, die Kerpener Bürgermeisterin, Guido van den Berg, Hans-Peter Lafos als Repräsentant der Gewerkschaft ver.di und meine Wenigkeit. Wir arbeiten dort intensiv mit, wollen verhindern, dass sich diese Region in langwierige Findungsprozesse und theoretische Überlegungen begibt, sondern an

praktischen Projekten arbeitet, die gleichzeitig prägend für unseren Kreis und zukunftssträchtig für die gesamte Region sind.

Entgegen der Einschätzung des einen oder anderen Akteurs von der politischen Gegenseite ist dies nicht die Fortsetzung der Regionale 2010 mit anderer Gebietskulisse, Schwerpunkt ist auch nicht der Ausbau der touristischen Infrastruktur. Uns geht es um Industrieprojekte und um Initiativen für den Mittelstand, die an den bestehenden heimischen Stärken der Chemie und der Energie anknüpfen und eine langfristige Perspektive mit und über diese Stärken hinaus haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,
man soll politische Zielsetzungen nicht gegeneinander abwägen. Aber Regieren kann man auf Dauer nur, wenn man den Menschen eine wirtschaftliche Perspektive bietet, wie sie arbeiten und leben können.

Diese wirtschaftliche Perspektive muss man nicht nur für die Menschen im Kreis, man muss sie auch für den Kreis selbst haben. Nun glauben die Regierenden im Kreis, sie hätten hier ihre Ausgaben gemacht, sie hätten diese Perspektive. Der Kreis ist schuldenfrei.

Schuldenfrei ist er, weil er aus früherer Zeit einen enormen Bestand an RWE-Aktien besaß, die die neue Mehrheit zur kompletten Tilgung aller Kredite des Kreises genutzt hat.

Das Vermögen ist nun weg. Es gibt noch verkrampte Versuche, den Restbestand an RWE-Aktien der bei kreiseigenen Gesellschaften geparkt ist, nun auch dem Kreishaushalt zuzuführen. Das ist schwierig, böse Zungen behaupten, damit solle die Schuldenfreiheit zumindest für die Amtszeit der derzeitigen Akteure aufrecht erhalten werden. Der Verkauf ist im Augenblick auch nicht sonderlich sinnvoll, da alle Aktienkurse derzeit nicht gerade einem Hoch zustreben.

Fakt ist, dass der Kreis zu wenig Mittel für Investitionen hat. Ab dem Jahre 2020 greift die Schuldenbremse im Grundgesetz, dann dürfen öffentlichen Körperschaften keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Investieren kann der Kreis dann aus Bundes- und Landeszuwendungen, hängt also am goldenen Zügel, aus Abschreibungserlösen, beschränkt sich also auf Substanzerhalt, und Vermögenserlösen. Die gibt es dann allerdings nicht mehr. Ich weiß, dass der Zusammenhang öffentlich über zu bringen ist, zu plakativ ist der Begriff der Schuldenfreiheit, dennoch, künftige Generationen werden sich die Haare raufen.

Nun stehen wir ja kurz vor den Beratungen zum Kreishaushalt 2012. Für die nächsten Jahre war von der Verwaltung bereits im vorigen Jahr eine Anhebung der Kreisumlage vorgesehen. Dies haben wir verhindern können - weil der Kreis eine Entlastung bei der Grundsicherung im Alter erfährt. Die Kosten übernimmt nämlich schrittweise, beginnen ab 2012, der Bund. So ist es zwischen Bund und Ländern im Kompromiss zu den Hartz IV-Gesetzen vereinbart. Diese Entlastung kann aber nicht allein beim Kreis bleiben, es muss dann auch etwas bei der Städten in Form einer Senkung der Kreisumlage ankommen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn Ihr in die Gazetten schaut, ist es das im Kreis ja alles ganz einfach. Das ist alles Personalklüngel, die SPD ist auch damit eingebunden und das läuft alles ganz friedlich.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst mich dazu folgendes sagen: Absprachen über die personelle Repräsentanz aller Fraktionen in der Kreisverwaltung gibt es in den meisten Städten des Kreises. Über den Sinn kann man durchaus geteilter Meinung sein, sie erleichtern aber zunächst einmal die Kommunikation und, bei Mehrheitswechseln, einen solchen streben wir ja an, steht man dann nicht völlig ohne Sachverstand aus der Verwaltung da.

Was es aber nicht gibt, wozu ich persönlich auch nicht bereit wäre, und da befinde ich mich im besten Einvernehmen mit der gesamten Fraktion, dass sind Kopplungen von Personalabsprachen und Sachabsprachen.

Das Kreisgeschehen ist dem Bürger etwas ferner, deswegen sind die Unterschiede in den Positionen nicht immer sofort begreifbar. Hier gilt auch nicht der abgewandelte Satz unseres ehemaligen Bundeskanzlers, der da lautet: Ich kenne keine rote und keine schwarze Wirtschaftspolitik, ich kenne nur gute und schlechte. Es gibt zwar auch gute und auch schlechte Kreispolitik, wir haben den Ergeiz, gute zu machen, aber dabei machen wir rote Kreispolitik und das könnte ich Euch an vielen Stellen nachweisen.

Wir müssen die inhaltlichen Grundlagen legen für ein besseres Ergebnis in 2014, als wir aus in 2009 hatten. Diese Verantwortung spüren wir alle tagtäglich und ich persönlich ganz besonders. Wenn man älter wird, denkt man mehr an die Generation nach sich, vor der und vor sich selbst möchte man da bestehen.

Die organisatorischen und personellen Planungen muss der heute zu wählende Kreisvorstand leisten. Kreisvorstand und Kreistagsfraktion arbeiten hervorragend zusammen, da gibt es nichts zu verbessern. Beide Aufgabenstränge, den inhaltlichen wie den organisatorischen und personellen müssen wir in den vor uns liegenden Jahren zu einer geschlossenen Wahlkampfstrategie zusammen führen.

Die ersten Schritte sind gemacht, aber es noch eine gute Strecke Weges dorthin. Nur gemeinsam können wir dies schaffen, ich wünsche uns allen eine glückliche Hand und ein gutes Gelingen.

Glückauf.

* * *